

Obwaldner Zeitung

Samstag, 16. Dezember 2017


Siril Wallimann

Die junge blinde Alpnacherin erzählt von ihrem Schicksal und ihren Hoffnungen. 25

AZ 6002 Luzern | Nr. 290 | Fr. 3.50 | € 4.- www.obwaldnerzeitung.ch

Saubere Laster für Obwaldner Güsel

Abfall Zwei neue Elektrokehrfahrzeuge sammeln voraussichtlich ab nächstem Herbst in Obwalden den Abfall ein. Die Delegierten des Entsorgungszweckverbandes genehmigten die Beschaffung für rund 1,76 Millionen Franken am Donnerstag. Die klimafreundlichen und leisen Elektrolastwagen «machen Sinn für die Umwelt, das Personal und für die Bevölkerung», freute sich Geschäftsführer Sepp Amgarten. Als Nächstes steht nun die Ausschreibung an. (fhe) **23**

Ein Jahreslohn für SBB-Pilloud

Rücktritt Personenverkehrschefin Jeannine Pilloud verlässt die SBB-Konzernleitung überraschend per Ende Jahr. Die Bundesbahnen schaffen für sie eine neue Stelle als ÖV-Delegierte. Trotz der Herabstufung erhält Pilloud weiter ihren bisherigen Kaderlohn. Dies bestätigen die SBB auf Anfrage. Die Kündigungsfrist für Mitglieder der Konzernleitung betrage zwölf Monate. Die Präsidentin der nationalrätlichen Verkehrskommission kritisiert den goldenen Fallschirm. (tga) **7**

Dschihadreisende verurteilt

Bundesstrafgericht Eine Schweizerin, die 2015 mit ihrem damals vierjährigen Sohn nach Syrien reisen wollte, um sich der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) anzuschliessen, ist vom Bundesstrafgericht in Bellinzona zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten verurteilt worden. Die 31-Jährige wurde wegen der versuchten Widerhandlung gegen das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen el Kaida, IS und verwandten Organisationen schuldig gesprochen. (sda) **5**

Neutralität auf der Kippe

Internet Die USA weichen das Prinzip der Netzneutralität auf. Das stellt die Gleichbehandlung aller Daten in Frage. Auch bei uns wird das Thema heiss diskutiert.

Dominik Weingartner

Ein Aufschrei geht durch das Netz: Die US-amerikanische Telekommunikationsaufsichtsbehörde FCC hat beschlossen, die bisher strikten Regeln für die Einhaltung der Netzneutralität zu kippen. Das gleicht einem Paradigmenwechsel. Die unter Barack Obama eingeführten strengen Vorschriften sollten sicherstellen, dass im Internet keine Daten bevorzugt oder benachteiligt werden.

«Ohne die Netzneutralität gibt es ein Zweiklasseninternet.»

Franz Grüter
Luzerner SVP-Nationalrat

Die Kritiker des Entscheids sehen nun das freie und offene Internet in Gefahr. Auch der Schweiz steht eine Debatte zur Netzneutralität bevor. Voraussichtlich im Sommer behandelt das Parlament die Teilrevision des Fernmeldegesetzes. Der Bundesrat verzichtet darin bewusst darauf, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Er sieht lediglich Transparenzregeln vor. Der Luzerner Internetunternehmer und Nationalrat Franz Grüter (SVP) befürchtet, dass es so zu einem

«Zweiklasseninternet» komme. «Stellen Sie sich vor, auf der Autobahn gebe es eine Spur nur für diejenigen, die viel dafür bezahlen, darauf zu fahren, und der Rest steht im Stau. Das würde niemand akzeptieren», so Grüter.

Auch auf der linken Ratseite ist man mit dem Vorschlag des Bundesrates unzufrieden. Der Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne) sagt, dass seine Partei versuchen werde, die Regulierung zu verschärfen. **Kommentar 6. Spalte 3**

Kommentar

Internet muss neutral bleiben

Es ist wohl eine der einschneidendsten Erfindungen der Menschheit: das Internet. Es verändert unsere Gesellschaft grundlegend. Kaum ein Bereich unseres Alltags bleibt von den Umwälzungen des digitalen Zeitalters verschont. Und weil das Internet ein so wichtiger Bestandteil unseres Lebens ist, ist es auch richtig, nicht jeden Bereich dieses virtuellen Raumes nach kommerziellen Kriterien zu gestalten. Die Netzneutralität spielt dabei eine zentrale Rolle. Das Prinzip stellt sicher, dass sämtliche Daten gleich behandelt werden.

Jetzt ritzen die USA an diesem Grundsatz, indem sie die entsprechenden Regulierungen aufweichen. Das befürworten vorwiegend die Internetanbieter. Sie könnten so Diensten wie Streamingplattformen, die einen hohen Datenverbrauch generieren, zusätzliche Kosten verrechnen. Gibt es privilegierte Datenautobahnen, werden auch die grossen Internetkonzerne wie Facebook oder Netflix nicht umhinkommen, für diese zu bezahlen. Ihre finanzielle Kraft liesse dies wohl ohne weiteres zu. Neue, kleinere und dennoch innovative Unternehmen werden so zwangsläufig benachteiligt, egal wie gut ihr Produkt ist. Das Internet gleicht mittlerweile aber einer öffentlichen Infrastruktur. Darum sollen im Netz für alle die gleichen Voraussetzungen gelten.



Dominik Weingartner
dominik.weingartner@luzernerzeitung.ch

Weltneuheit besteht ihre Jungfernfahrt



Stoos Gestern eröffnete Bundespräsidentin Doris Leuthard die neue Stoosbahn. Mit einer Neigung von bis zu 110 Prozent ist es die steilste Standseilbahn der Welt. Für Leuthard war es eine Herausforderung: Sie leidet an Höhenangst. **29**

Bild: Urs Flüeler/EPA (Stoos, 15. Dezember 2017)



Inhalt Forum 10/16 Piazza 17-19 Todesanzeigen 34/35 TV/Radio 20
Agenda 36-38 Junge Dichter 31 Rätsel 30 Weihnachtsaktion 24/33 Wetter 21

Abonnemente 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, **Internet** www.obwaldnerzeitung.ch
Redaktion 0416629070, redaktion@obwaldnerzeitung.ch, **Insserate** 0414295252, insserate@lzmedien.ch

ANZEIGE



EMMENCENTER.CH



OFFEN

Sonntag, 17. Dezember
Sonntag, 24. Dezember

10.00 - 17.00 Uhr
08.00 - 16.00 Uhr

numéro 10

«Güselabfuhr» wird leiser und sauberer

Obwalden Der Entsorgungszweckverband Obwalden will mit Elektrokehrkraftfahrzeugen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gehört damit schweizweit zu den ersten. Die umweltfreundlichen «Güselwagen» sind auf Dauer auch billiger.

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

«Wir sind ein innovativer Verband», betonte Präsident Cornel Waldvogel gleich zu Beginn der ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Entsorgungszweckverbands (EZV) Obwalden. Tatsächlich hatten die Delegierten aller Obwaldner Gemeinden als Träger des EZV am Donnerstag in Sachseln über eine Zentralschweizer Neuheit zu entscheiden: die Beschaffung von zwei Elektrokehrkraftfahrzeugen, betrieben mit Strom statt Diesel.

Die Kehrkraftsammlung in Obwalden müsse neu organisiert werden, was mit einer Anpassung von Routen und Sammelpunkten und einer neuen Ausschreibung einhergehe, sagte Geschäftsführer Sepp Amgarten. «Dabei wollen wir einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.» Mit Diesel betriebene Kehrkraftlastwagen seien aufgrund ihres Stop-and-go-Betriebs grosse Umweltverschmutzer. Mit Elektrokehrkraftfahrzeugen, die seit diesem Jahr in der Schweiz von der Winterthurer Firma Designwerk hergestellt werden, könne dagegen massiv an Abgas- und Lärmemissionen gespart werden. «Das ist sinnvoll für die Umwelt, das Per-



Zwei solche Elektrokehrkraftlastwagen fahren ab nächstem Jahr durch die Obwaldner Dörfer und Quartiere.

sonal auf den «Güselwagen» und auch für die Bevölkerung», ist Amgarten überzeugt.

«Am Anfang hat mich der Preis schockiert»

Schweizweit hat bisher nur Murtten im Kanton Freiburg ein elektrisches Kehrkraftfahrzeug. Ein weiteres soll Anfang 2018 in

Thun dazukommen, und auch die Stadt Luzern überlegt sich den Wechsel. Die Anschaffung hat einen Haken: Elektrokehrkraftlastwagen sind teuer. Der EZV beantragte den Delegierten einen Kredit von 1,8 Millionen Franken für die beiden Fahrzeuge – rund zweieinhalb Mal so viel wie für Dieselfahrzeuge. «Am

Anfang hat mich der Preis schockiert», sagt Amgarten. «Doch die Betriebs- und Unterhaltskosten der elektrischen Version betragen je nach Dieselpreis und Verbrauch 20 bis 35 Prozent eines Dieselekehrkraftfahrzeugs.» Der Grund sind tiefere Energiekosten, auch da die Elektrofahrzeuge beim Bremsen und Ab-

wärtsfahren selber Energie erzeugen, und die Befreiung von der Schwerverkehrsabgabe. «So ist der Betrieb mit Elektro-«Güselwagen» nach sechs bis acht Jahren billiger als mit den dieselebetriebenen», erklärt Amgarten.

Die Delegierten liessen sich überzeugen und stimmten dem Antrag mit nur einer Gegenstim-

me zu. Beat Flück, der Delegierte aus Kerns, hatte bereits erfolglos die Rückweisung des Antrags verlangt. Ihm fehlten Informationen zur Betriebsart der neuen Kehrkraftfahrzeuge. «Der EZV behält sich vor, die Kehrkraftsammlung allenfalls in Eigenregie durchzuführen: Was würde das kosten?», fragte er. Diese Variante sei zwar diskutiert worden, antwortete Amgarten, «sie ist aber nicht wirklich fair gegenüber den privaten Transportunternehmen». Der EZV beabsichtigt, nach einer etwa einjährigen Versuchsphase mit dem bisherigen Transportunternehmen Trarec aus Alpnach Varianten zu diskutieren, wie die Kehrkraftsammlung künftig ausgeführt wird.

Betrieb mit erneuerbarer Energie geplant

Finanziert werden die beiden Fahrzeuge mit Rückstellungen aus Erträgen des früheren Betriebs der Deponien Cholwald. Die Lastwagen sollen mit erneuerbarer Energie des Elektrizitätswerks Obwalden betrieben werden. Als Nächstes steht die Ausschreibung an. Voraussichtlich ab Herbst 2018 sollen die zwei Elektro-«Güselwagen» durch die Obwaldner Quartiere fahren – leise und ganz ohne Abgaswolke.

Bild: PD

Viehhalter bezahlt teuer für üble Nachrede

Nidwalden Viehhalter hatten Ex-Bauernpräsident Bruno Käslin der Tierquälerei bezichtigt. Zu Unrecht, wie Ermittlungen zeigten. Um seinen Ruf zu wahren, klagte Käslin in der Folge auf üble Nachrede. Nun liegt der Strafbefehl vor.

Oliver Mattmann
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Ein Tierquäler soll für eine Serie von Verletzungen und Todesfällen in Nidwaldner Ställen verantwortlich sein. Die Verdachtsmeldungen bei 42 Kühen, einem Stier und zwei Schafen sorgten vor etwas mehr als drei Jahren über Landwirtschaftskreise hinaus für Aufsehen. Bloss: In keinem Fall erhartete sich der Verdacht, die Ermittlungen wurden eingestellt (siehe Kasten).

Für Bruno Käslin, bis 2014 Nidwaldner Bauernverbandspräsident, war das Kapitel damit aber nicht abgeschlossen. Mehrere Personen hatten ihn öffentlich bezichtigt, der mutmassliche Tierquäler zu sein. Der Ruf des Beckenrieder Gemeindepräsi-

denten wurde dadurch rampoliert. Käslin liess dies nicht auf sich sitzen und reichte Klage wegen übler Nachrede ein.

Busse von 4000 Franken aufgebrummt

Die Staatsanwaltschaft hat nun kürzlich einen Strafbefehl erlassen, wie Käslin auf Anfrage unserer Zeitung bestätigt. Demnach ist der Angeschuldigte – ein Landwirt aus Ennetmoos – der mehrfachen üblen Nachrede für schuldig erklärt worden. «Bruno Käslin wurde in ein derart schlechtes Licht gerückt, dass er im Ansehen der Mitmenschen empfindlich herabgesetzt worden ist», heisst es im Strafbefehl, der unserer Zeitung vorliegt. Die bedingte Geldstrafe beträgt 20 400 Franken unter Ansetzung einer Probe-

«Ein Angriff gegen die Integrität ist nie angenehm.»



Bruno Käslin
Ex-Bauernpräsident

zeit von zwei Jahren. Hinzu kommt eine Busse von 4000 Franken. Der Strafbefehl ist indes noch nicht rechtskräftig.

Dennoch: Das Verdikt der Staatsanwaltschaft empfindet Bruno Käslin als «Genugtuung». Ihm ist nach wie vor schleierhaft, welche Motive zu den erwiesenermassen falschen Vorwürfen gegen seine Person geführt hatten. «Ich kann mir keinen Reim darauf machen.» Eine direkte Aussprache mit jenen, die ihn öffentlich verunglimpft haben, hat laut dem Gemeindepräsidenten nie stattgefunden.

Bruno Käslin will für Regierungsrat kandidieren

Selbst wenn Vorstandskollegen etwa im Viehzuchtverband sowie weitere bäuerliche Organisatio-

nen und auch sein privates und berufliches Umfeld stets hinter ihm gestanden sind – spurlos geht die Angelegenheit nicht am 50-Jährigen vorbei. «Ein so scharfer Angriff auf die eigene Integrität ist nie angenehm.» Er wird auf dem Zivilweg ebenfalls Forderungen gegenüber den Beschuldigten geltend machen.

Der Ruf von Bruno Käslin ist so weit also wieder hergestellt. Dies ist auch politisch nicht ganz unbedeutend. Der SVP-Vertreter hegt offenbar Ambitionen, für seine Partei zu den Regierungsratswahlen 2018 anzutreten. «Ich bin nicht abgeneigt», bestätigt Käslin gegenüber unserer Zeitung. Die SVP beschliesst am 5. Januar, mit welcher Taktik sie vorgehen will und wen sie ins Rennen schicken wird.

Beschwerde abgewiesen

Die Staatsanwaltschaft war den total 20 Verdachtsmeldungen wegen Tierquälerei in der Zeitspanne von zwei Jahren nachgegangen. In keinem Fall ergaben sich Hinweise auf strafbares Verhalten, weshalb die Ermittler Ende 2015 das Verfahren gegen unbekannt einstellen. Vermeintlich betroffene Viehhalter erhoben dagegen Beschwerde, diese wurde vom Obergericht abgewiesen. Weiterhin hängig ist eine Anzeige wegen Verdachts auf Irreführung der Rechtspflege. Im Fall einer Tierverletzung soll den Behörden offenbar verschwiegen worden sein, dass diese von einer tierärztlichen Behandlung herrührte. (om)

ANZEIGE

MIGROS und 52 Geschäfte

Sonntags-Verkauf
17. Dezember 2017
10 bis 17 Uhr

Himmliches Einkaufsvergnügen

Mehr zu unseren Weihnachtsattraktionen unter www.laenderpark.ch



länderpark

Das Einkaufszentrum in Stans